25. Inwiefern ist in Preußen der einem Amtsgerichte zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesene Gerichtsassessor zur Stellung des Strafantrages wegen einer gegen das Amtsgericht begangenen Beleidigung befugt?

St.G.B. §. 196.

Preuß. Ausführungsgesetz vom 24. April 1878 zum Gerichtsverfassungsgesetze §§. 3. 5. 79 (G.S. S. 230).

IV. Straffenat. Urt. v. 27. Januar 1888 g. R. Rep. 36/88.

I. Landgericht Münster.

Aus den Gründen:

Der Antrag auf Verfolgung der nach der Feststellung der Vorinstanz vom Angeklagten gegen das Amtsgericht B. gerichteten Beleidigung ist rechtzeitig in einem mit der Unterschrift:

Königliches Amtsgericht

R.

versehenen Handschreiben gestellt worden.

Die Revision hält diesen Antrag für ungenügend, weil der unterzeichnete Gerichtsassessor R. zu der Zeit dem Amtsgerichte B. zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen gewesen sei, während als einziger angestellter Richter dort der Amtsgerichtsrat S. fungiert habe. Nach Inhalt der Akten ist dies zwar thatsächlich richtig; die zu denselben von der Staatsanwaltschaft eingeholte amtliche Auskunft des Amtsgerichtsrates S. ergibt jedoch, daß nach der damaligen Geschäftsverteilung dem Gerichtsassessor R. die Bearbeitung der R.'schen Zwangsverwaltungssache oblag, und, wie in den Urteilsgründen festgestellt ist, bezog sich die inkriminierte Äußerung des Angeklagten auf die in dieser Streitsache an den Sekretär R. gerichtsfertig erlassene Anweisung zur Über-

gabe des sequestrierten Gutes an den Verwalter. Danach hat der erste Richter die Sachlage dahin aufgefaßt, daß das Amtsgericht B. nicht in bezug auf seine gesamte amtliche Thätigkeit, sondern nur mit Rücksicht auf die in der Zwangsverwaltungssache getroffenen Anordnungen beleidigt worden sei, welche, wie erwähnt, von dem Gerichtsassessor R. ausgegangen sind. Diese Auffassung ist nicht rechtsirrtümlich. Die Amtsgerichte sind nicht als Kollegien organisiert. Sind sie mit mehreren Richtern besetzt, so erledigt jeder derselben die ihm obliegenden Geschäfte als Einzelrichter. Daher kann ein Amtsgericht als Behörde auch mittels einer Äußerung beleidigt werden, welche nur einen von mehreren bei ihm fungierenden Richtern in betreff seiner amtlichen Thätigkeit berührt, wie bereits in dem Urteile des Reichsgerichtes vom 2. Januar 1883,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 7 S. 404,

auf Grund der bezüglichlichen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und des preußischen Ausführungsgesetzes zu denselben eingehend dargestellt ist. Dieser Richter ist daher auch nach §. 196 St.G.B.'s als der unmittelbar Beteiligte zur Stellung des Strafantrages namens des Amtsgerichtes legitimiert. Insbesondere kann die Befugnis hierzu in Preußen nicht dem mit der Dienstaufsicht beauftragten Amtsrichter allein beigegeben werden. Denn nach §. 79 Abs. 2 des angeführten Ausführungsgesetzes erstreckt sich dieses Aufsichtsrecht nur auf die nichtrichterlichen Beamten. Der aufsichtführende Richter ist also nicht Vorgesetzter der anderen Richter seines Amtsgerichtes und repräsentiert dieselben vermöge der nicht kollegialischen Verfassung bezüglich ihrer dienstlichen Thätigkeit nicht derart, daß ihm das im konkreten Falle daraus fließende Antragsrecht zustände. Es macht ferner keinen Unterschied, ob der betreffende Richter ständiges Mitglied des Amtsgerichtes oder, wie vorliegend, nur ein dem letzteren zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesener Gerichtsassessor ist. Denn auch ein solcher ist, wie aus den §§. 3. 5 des angeführten Ausführungsgesetzes folgt, bei Amtsgerichten zur Wahrnehmung richterlicher Geschäfte in demselben Umfange wie die angestellten Amtsrichter befugt.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 14 S. 154.

Er vertritt also bei den von ihm ausgeführten Dienstgeschäften das Amtsgericht dergestalt, daß diese Behörde in seiner Person ebensowohl beleidigt werden kann, wie in der Person ihrer ständigen Mitglieder und er folgeweise in seinem Geschäftskreise auch zur Stellung von

Strafanträgen berechtigt ist. Diese Legitimationsfrage wird mithin durch die unzweifelhaft richtige Ausführung der Revision gar nicht berührt, wonach die Stellung des Strafantrages kein richterliches Geschäft, sondern eine aus der Beleidigungsfähigkeit des Amtsgerichtes als einer Behörde folgende Befugnis sei. Hiernach hat die Vorinstanz mit Recht angenommen, daß ein gehöriger Strafantrag vorliege.